

31. Juli 2014

Nordbayernplan der SPD-Landtagsfraktion



Oberfranken



Mittelfranken



Unterfranken



Oberpfalz

Nordbayern, also die Regierungsbezirke Ober-, Mittel- und Unterfranken sowie Oberpfalz, wird bislang von der CSU-Staatsregierung stark vernachlässigt. Wirtschaftsprognosen zeigen, dass Nordbayern dringend Unterstützung braucht, um nicht durch den Süden abgehängt zu werden. Strukturprobleme in traditionellen Industriebranchen (z.B. Textilbetriebe, Quelle, AEG, Grundig) haben die Region erschüttert. Insgesamt erwirtschaftet Nordbayern mit 175 Milliarden Euro ein Bruttoinlandsprodukt, das lediglich rund 37 Prozent der bayerischen Gesamtwirtschaftsleistung von 474 Milliarden entspricht. Euro. Während zum Beispiel in Oberbayern das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt bei 44.981 Euro liegt, sind es in Oberfranken nur 30.991 Euro. Und auch die Bevölkerungsentwicklung gibt Anlass zur Sorge. Einer offiziellen Einschätzung des Landesamtes für Statistik wird Nordbayern bis zum Jahr 2032 im Saldo rund 139.000 Einwohner weniger haben, allein in Oberfranken droht ein Bevölkerungsverlust von 85.500 Personen.

Der Freistaat insgesamt muss mehr für Nordbayern tun. Die bisherige geringe Wertschätzung entspricht nicht der Bedeutung der vier Regierungsbezirke. Immerhin leben hier rund 5,1 Millionen Menschen, das sind circa 41 Prozent der bayerischen Gesamtbevölkerung. Mit einer Fläche von 32.699 Quadratkilometern umfasst Nordbayern rund 46 Prozent der bayerischen Landesfläche. Mit dieser Größe läge Nordbayern in einem Flächenvergleich der Bundesländer an 5. Stelle!

Insgesamt gibt es in Nordbayern rund 253.000 wirtschaftlich aktive Betriebe, in denen 1,9 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig sind. Sie verdienen eine stärkere Unterstützung.

Die SPD-Landtagsfraktion bekennt sich zur Verantwortung für ganz Bayern. Damit Nordbayern sich im Wettbewerb der Regionen durchsetzen kann, müssen die wirtschaftlichen, infrastrukturellen, sozialen und kulturellen Bedingungen verbessert, ausgebaut und ergänzt werden. Auf diese Herausforderungen hat die CSU-Staatsregierung bisher nur unzureichend reagiert. Die SPD-Fraktion hat deshalb ein Zehn-Punkte-Programm für die Zukunft Nordbayerns entwickelt:

1. Regionalbudgets: Zusätzlich jeweils 600 Millionen Euro nach Ober-, Mittel- und Unterfranken sowie in die Oberpfalz

Die SPD-Fraktion will den vier nordbayerischen Regierungsbezirken bis 2020 insgesamt 2,4 Milliarden Euro zur eigenverantwortlichen Strukturförderung zur Verfügung stellen. Dieses Geld soll zusätzlich zu weiteren ohnehin notwendigen Mitteln für die Verkehrsinfrastruktur, die Wirtschaftsförderung, die Bildung, die Kultur und den kommunalen Finanzausgleich fließen. Über die Verwendung der Regionalbudgets in Höhe von 600 Millionen Euro pro Regierungsbezirk sollen Gemeinden und Landkreise, aber auch Verbände, Gewerkschaften und Kammern gemeinsam beraten und unter der Regie der Bezirksregierungen entscheiden. Das ist der Kern des Nordbayernplans der SPD-Fraktion.

2. Arbeitsplätze sichern und Anreize für neue Arbeitsplätze schaffen

Wir brauchen endlich eine zielgerichtete Industrie- und Strukturpolitik in den von Abwanderung und Abbau von Arbeitsplätzen besonders betroffenen Regionen Nordbayerns. Die Industrie- und Strukturpolitik der SPD-Fraktion versteht sich dabei bewusst nicht als verengte Ressortaufgabe der Wirtschaftspolitik. Auch die Bildungspolitik, die Hochschulpolitik, die Forschungspolitik, die Sozialpolitik, die Arbeitsmarktpolitik, die Umweltpolitik und die Steuerpolitik spielen hier eine große Rolle. Sie müssen miteinander vernetzt und so effektiv eingesetzt werden.

Industrie- und Strukturpolitik in Bayern war in den vergangenen Jahrzehnten von großen Anstrengungen gekennzeichnet, die durchaus zu Erfolgen geführt haben. Fehler sind jedoch die einseitige Ausrichtung auf Hochtechnologie, die Konzentration auf sogenannte Leuchtturmprojekte sowie die nahezu ausschließliche Exportorientierung. Regionale Entwicklungsprobleme außerhalb dieser Felder wurden dabei vernachlässigt. Dies trifft in Nordbayern

vornehmlich strukturschwache Regionen und mittelständische Unternehmen. Die Grenzregionen zu Tschechien brauchen auch in Zukunft eine verlässliche Förderung durch den Bund und das Land, um gegenüber den Gebieten jenseits der Grenze nicht benachteiligt zu werden.

Der Nordbayernplan muss ein Förderprogramm für Privatpersonen beim Kauf innerörtlicher, sanierungsbedürftiger Immobilien enthalten, als Ausgleich der Differenz zwischen höheren Kosten von Altbausanierung und Neubau auf der grünen Wiese. Dieses Programm wäre eine wirksame Ergänzung von Dorferneuerung und ähnlichen Programmen gegen die Verödung von Ortskernen.

Außerdem ist die SPD-Fraktion für eine gezielte Förderung von Unternehmensgründern, die nicht in die Ballungsräume gehen, sondern auf dem Land bleiben

3. Behördenverlagerungen nach Nordbayern

Durch Behördenverlagerungen von München und Oberbayern nach Nordbayern kann die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt werden. Der Aussage von Finanzminister Söder, wonach nicht jede Behörde in München sitzen brauche, müssen jetzt konkrete Taten folgen.

Völlig unverständlich ist die Ansiedlung des neuen staatlichen Digitalisierungszentrums in München. Diese Einrichtung muss nach Nordbayern kommen, wo auch die Hauptaufgaben bei der Digitalisierung liegen. Außerdem unterstützt die SPD-Fraktion die Anregung des Bamberger Oberbürgermeisters Andreas Starke, Teile der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege aus Starnberg nach Nordbayern zu verlegen. Wir fordern insgesamt eine umfassende Analyse der möglichen Verlagerungspotenziale von Süd- nach Nordbayern.

4. Nachhaltige Verbesserung der Infrastruktur

Die Verbesserung der Verkehrs- und Internetinfrastruktur ist für einen attraktiven Wirtschaftsstandort von elementarer Bedeutung. Die SPD-Fraktion setzt dabei Schwerpunkte, die sich tatsächlich verwirklichen lassen und enorme positive Effekte für die gesamte Region Nordbayern haben werden

- Ausdehnung des Verkehrsverbunds Großraum Nürnberg (VGN) bis in den Nordosten Oberfrankens, nach Lichtenfels, Hof, Kulmbach und Wunsiedel

- Schnellere Zugverbindung von Würzburg nach Stuttgart und Frankfurt
- Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale von Hof über Marktredwitz/Bayreuth nach Nürnberg
- Elektrifizierung der Strecke zwischen Hof und Regensburg
- Verbesserung der Schienenverbindung Nürnberg-Prag/Dresden
- Rasche Vollendung des S-Bahnnetzes in der Metropolregion Nürnberg, unter anderem mit dem viergleisigen Ausbau der Strecke Nürnberg-Bamberg und einer Anbindung von Neustadt a.d. Aisch
- Bau einer die Stadthumlandbahn Nürnberg-Erlangen-Herzogenaurach-Uttenreuth mit erheblichem staatlichen Finanzierungsanteil in Höhe von rund 90 Prozent
- Sechsspüriger Ausbau der A3 und der A6
- Ausbau der B 173 (Lichtenfels - Hof - Sachsen)
- Entlastung der B 303 zwischen A 9 und A 93 (Bad Berneck - Marktredwitz)
- Ausbau der B 505 zwischen A 73 und A 3 (Bamberg-Süd - Pommersfelden)
- Flächendeckender Ausbau des Breitbandnetzes für die Bereitstellung von schnellen Internetanschlüssen mit einer Übertragungsrate von 50 Mbit/s

5. Finanzschwache Kommunen stärken

Defizite in der Regional- und Strukturpolitik der CSU und beim kommunalen Finanzausgleich haben dazu geführt, dass es gerade in Nordbayern viele finanzschwache und ohne eigenes Fehlverhalten hoch verschuldet Gemeinden gibt. Diese können aus eigener Kraft weder die erforderlichen Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge noch die Konsolidierung ihrer Haushalte leisten. So hatte beispielsweise die Gemeinde Hohenberg a. d. Eger Ende 2012 eine Pro-Kopf-Verschuldung von 5.178 Euro - die Verschuldung des Freistaats liegt bei 2.530 Euro pro Kopf.

Die staatlichen Finanzhilfen durch Bedarfszuweisungen / Stabilisierungshilfen in Höhe von 100 Millionen Euro reichen bei weitem nicht aus. Wir sind für eine Erhöhung auf 120 Millionen Euro. Nötig ist zudem ein Entschuldungsfonds für notleidende Kommunen,

wie ihn andere Bundesländer längst eingeführt haben. Er muss nach Auffassung der SPD-Fraktion jährlich mit 100 Millionen Euro gefüllt werden. Derzeit rechnet sich Finanzminister Söder auf Kosten der Kommunen reich und prahlt mit Schuldentilgungen. Er sollte mit dem Geld lieber den Kommunen - und damit den Menschen gerade in den ländlichen Regionen - helfen.

Außerdem brauchen die Städte und Gemeinden eine zuverlässige und dauerhafte Erhöhung ihrer Einnahmen. Bislang gibt der Finanzminister ihnen vom allgemeinen Steuerverbund lediglich 12,75 Prozent ab. Das ist - auch im Vergleich mit anderen Bundesländern - viel zu wenig. Die SPD ist für eine Erhöhung der sogenannten Verbundquote auf 15 Prozent, damit die Kommunen über erhöhte Schlüsselzuweisungen mehr Geld erhalten.

Da insbesondere die Sanierung kommunaler Bäder notleidende Kommunen völlig überfordert, sind wir hier für ein Sonderprogramm mit einem finanziellen Rahmen von 30 Millionen Euro pro Jahr. Ein Eigenanteil der Kommunen an den Sanierungskosten ist in besonders prekären Fällen nicht erforderlich.

Bei der Vergabe von staatlichen Mitteln muss vom Verteilungsschlüssel nach der „Bevölkerungszahl“ abgewichen werden. Denn in vielen Regionen Nordbayerns nimmt die Bevölkerungszahl ständig ab, die Aufgabenlast für die Kommunen bleibt aber gleich.

6. Tourismus voranbringen

Mit 31 Milliarden Euro Umsatz und über 560.000 Erwerbstätigen - das sind rund 4,5 Prozent der Bevölkerung - ist der Tourismus ein strategisch wichtiger Wirtschaftsfaktor in Bayern. Dennoch ist hier gerade in Nordbayern weiteres Wachstum möglich. Die Trends zum Urlaub in Deutschland sowie zum Gesundheitstourismus sind große Chancen gerade auch für Nordbayern mit seiner herrlichen Landschaft, der ursprünglichen Natur und den historischen Städten. Auch deshalb muss das Naturschutzgebiet Steigerwald zum Nationalpark und als UNESCO-Weltnaturerbe angemeldet werden.

Bei der gewerblichen Tourismusförderung vernachlässigt die CSU-Staatsregierung jedoch Franken und die Oberpfalz. 2012 flossen von 28,9 Millionen Euro lediglich 9 Millionen Euro nach Nordbayern. Das sind nur 31 Prozent. Staatliche Förderungen im Bereich Tourismus lösen ein Vielfaches an positiven Wirkungen durch Investitionen, Aufträge an heimische Handwerker und die Schaffung von Arbeitsplätzen aus. Die SPD-Fraktion will den Anteil Nordbayerns an den staatlichen Zahlungen auf 40 Prozent anheben.

Außerdem sind wir für ein Sonderförderprogramm für nichtstaatliche Heilbäder und Thermenstandorte in strukturschwachen Gebieten (z.B. in Bad Rodach).

7. Gute Bildung auch in Nordbayern

Der demografische Wandel macht nordbayerischen Regionen (z.B. Nord-Ost-Unterfranken, weite Teile Oberfrankens, südliches und westliches Mittelfranken) stark zu schaffen. In diesen Regionen verzeichnen wir Schülerrückgänge von 30 Prozent und mehr. Chancengerechtigkeit durch gute Bildung in allen Teilen Nordbayerns wird nur dann möglich, wenn flexible Lösungen vor Ort den Erhalt von Schulstandorten ermöglichen. Knapp 100 Mittelschulstandorte und rund 400 Grundschulstandorte sind absehbar von Schließungen bedroht. Sterben noch mehr Schulen hat das für Nordbayern Folgen für den Arbeitsmarkt und die Dynamik der Wirtschaftsregion. Deswegen wollen wir für Nordbayern eine regionale Schulentwicklung, die Schulschließungen verhindert und die Zulassung von Gemeinschaftsschulen ermöglicht. Darüber hinaus soll der Demografiezuschlag, den es bisher nur für Grundschulen gibt, auf alle Schularten ausgeweitet werden.

8. Wissenschafts- und Forschungsstandort Nordbayern stärken

Der Hochschulstandort Nürnberg bedarf dringend einer Stärkung. Für den Ausbau des Standortes „Auf AEG“, die neuen Lehrstühle, die Infrastruktur und das Personal sind bis 2022 mindestens 500 Millionen Euro nötig. Außerdem ist die SPD-Fraktion für die Ansiedlung weiterer Hochschuleinrichtungen auf dem „Quelle-Areal“ (z.B.: das Bayerische Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft).

Nordbayern soll nach unserer Auffassung zu einem Zentrum für Energieforschung ausgebaut werden. Damit könnte die Energiewende aktiv und kompetent begleitet werden, vor allem was die dezentrale Energiegewinnung im ländlichen Raum betrifft.

Mit der Ansiedlung von Max-Planck-Instituten, weiterer Fraunhofer-Institute und anderer außeruniversitärer Forschungseinrichtungen sowie Universitäts- und Hochschuleinrichtungen in Nordbayern kann der Wissenschaftsstandort Nordbayern zusätzlich gestärkt werden. Dazu gehört eine bayerisch-tschechische Hochschule in Marktredwitz ebenso wie der Ausbau der Lehrerfortbildung an den Universitäten in Würzburg, Erlangen-Nürnberg, Bamberg und Bayreuth. Auch der I-Campus der Hochschule für angewandte Wissenschaften in Schweinfurt benötigt für den neuen englischsprachigen Studiengang "Bachelor of Engineering" Planungssicherheit durch staatliche Finanzmittel. Sinnvoll ist zudem die Ansiedlung einer Technischen

Universität in Nordbayern, die auch die Bereiche Architektur, Bauingenieurwesen sowie Stadt- und Verkehrsplanung umfasst.

Zum Nutzen der oberfränkischen Unternehmen muss das Forschungs- und Entwicklungspotenzial nachhaltig gestärkt werden. Dazu gehört die Ansiedelung weiterer Kompetenzzentren (z.B. für Automotive und Mechatronik, für Energieeffizienz und Umwelteffizienz).

Außerdem unterstützen wir die Einrichtung eines Bayerischen Polymerinstituts (BPI) als Kooperationsprojekt der Universitäten Bayreuth, Erlangen-Nürnberg und Würzburg.

9. Kultur in Nordbayern stärken

Das Kulturangebot darf nicht von Bevölkerungszahlen abhängig gemacht werden. Es geht hier um einen grundsätzlichen Bestandteil unserer Gesellschaft. Zudem kann Kulturförderung die Attraktivität und die Lebensqualität eines Ortes und einer Region erhöhen. Kultur bedeutet Identitätsstiftung in der Verbindung von historisch gewachsenem Erbe und lebendiger Vielfalt.

Die Mittel aus dem staatlichen Kulturfonds müssen gleichberechtigt auch nach Nordbayern fließen. Die SPD ist zudem für eine Angleichung der Förderung, insbesondere an die Verhältnisse bei Münchner Staatstheatern. Deshalb muss der staatliche Zuschuss zum Beispiel für das Staatstheater Nürnberg auf 90 Prozent des Gesamtbudgets erhöht werden. Und auch die staatliche Förderung für die kommunalen Theater in Nordbayern muss deutlich steigen. Der Fortbestands der Coburger Sommeroperette und die Absicherung des „Fränkischen Theatersommers“ sind ebenfalls wichtige Projekte.

Wir wollen die Schaffung eines „Museums für Fränkische Geschichte“. Damit verbinden wir die Forderung, der Rückgabe aus Franken stammender Kunst- und Kulturgüter (z.B. Bamberger Domschatz, Herzogsschwert).

10. Nachhaltige Umsetzung

Mit bloßen Versprechungen ist den Menschen in Nordbayern nicht gedient. Die SPD verlangt von der Staatsregierung einen jährlichen Sonderbericht zum Fortschritt des Nordbayernplans und zur tatsächlichen Auszahlung der Haushaltsmittel. In regelmäßigen Nordbayernkonferenzen muss die Ausrichtung der Maßnahmen analysiert und angepasst werden.